

Übung: Ein Prozess zur Pressefreiheit in Israel, verhandelt vor dem Obersten Gericht Israels während der Zweiten Intifada

Klagegrund: Das Pressebüro der israelischen Regierung beschließt Ende 2001, palästinensischen Journalisten, die Bewohner des Westjordanlands bzw. von Judäa und Samaria (jüdische Bezeichnung der gleichen Region) sind, von Januar 2002 an aus Sicherheitsgründen keinen Presseausweis mehr auszustellen, der sie zur Teilnahme an Pressekonferenzen der Regierung berechtigt und noch gültige Presseausweise nicht weiter zu verlängern.

Kläger:



Rollenspiel: Die Beteiligten in der Diskussion

- 1) **Ahmed Saif**
Palästinensischer Journalist, der in der Westbank lebt und ein israelisches Arbeitsvisum besitzt.
- 2) **Tehilla Friedman**
Vertreterin einer israelischen Organisation, die sich um Terroropfer im Zuge der 2. Intifada kümmert.
- 3) **Paul Holmes**
Vertreter einer internationalen Nachrichtenagentur (Reuters), die Ahmad Saif und weitere Journalisten aus dem Westjordanland beschäftigt.
- 4) **Daniel Seaman**
Vertreter des staatlichen israelischen Presseamtes, das über die Ausgabe von israelischen Presseausweisen entscheidet.

Aufgabenstellung:

1. Lesen Sie bitte die Argumentationshilfe für die Rolle, die Sie einnehmen.
2. Ziehen Sie für Ihre Argumentation die Grundgesetze und Ihr Rechtsempfinden zu Rate. Welche Bürgerrechte aus den Grundgesetzen unterstützen Ihre Position?

Argumentationshilfe 1: Ahmed Saif

Vita

- 35 Jahre alt, Palästinenser, ich wohne in der Westbank, 20 Minuten Fahrtzeit bis Jerusalem.
- Seit 12 Jahren Journalist, Berichte für palästinensische Zeitungen, u.a. *Al-Hayat al-Jadida* (offizielles Sprachrohr der palästinensischen Autonomiebehörde) und *Palestine Times* (einzige englischsprachige Zeitung aus den palästinensischen Autonomiegebieten, ohne Parteizugehörigkeit).
- Seit 1994 bei der internationalen Agentur *Reuters*, zwischenzeitlich einige Artikel für *Associated Press* (AP).
- Fokus der journalistischen Arbeit: Politik, Wirtschaft und Technik.
- Seit 1993 vom israelischen Presseamt (GPO) akkreditiert und seitdem mit israelischem Presseausweis ausgestattet. Im Besitz einer israelischen Arbeits- und Einreiseerlaubnis.
- Wurde nie verhaftet und bin nie straffällig geworden.
- Habe sowohl einen amtierenden israelischen Staatspräsidenten als auch führende Mitglieder der palästinensischen Hamas interviewt.
- Keine aktive Teilnahme an Protesten gegen Israel, war in der Westbank als Journalist vor Ort.

Problem

- 2001 verweigert das Government Press Office (GPO) die weitere Akkreditierung für Pressekonferenzen der Regierung.
- Durch meinen Fokus auf politische Themen habe ich häufig Pressekonferenzen von Politikern und Ausschüssen besucht.
- Ohne Presseakkreditierung ist es mir unmöglich, meiner journalistischer Tätigkeit in Israel nachzukommen (kein Besuch offizieller Stellen, keine Interviews mit Politikern und anderen Entscheidungsträgern).

Mögliche Argumentationslinien

- Ich muss meiner Arbeit nachgehen können. Ich bin im Besitz einer israelischen Arbeitserlaubnis, und wenn andere Journalisten (Israelis bzw. ausländische) bevorzugt werden, ist das eine klare Diskriminierung.
- In der Vergangenheit bin ich nie als Sicherheitsrisiko eingestuft worden, trotz Sicherheitsüberprüfungen bei der Einreise nach Israel, mit teilweise stundenlangem Warten an Checkpoints.
- Israel ist die Besatzungsmacht in der Westbank, also muss ich nach israelischem Recht behandelt werden.
- Ich habe bereits ein Interview mit dem israelischen Staatspräsidenten geführt.